

zu A. a) Leitgedanken

Neminem laede; imo omnes, quantum potes, juva.“

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

– *DAS PRINZIP ALLER MORAL* -

Arthur Schopenhauer

(* [22. Februar 1788](#) in [Danzig](#); † [21. September 1860](#) in [Frankfurt am Main](#))

*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

*

Heimat gestalten und nicht nur verwalten!

Reinhard M. W. Hanke

Leitgedanke der Arbeit der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



01) Ein Europa auf der Basis von Wahrheit und Verständigung.

Von Gernot Facius

Der Brexit macht es möglich. Europa, genauer: die EU, ist angesichts des britischen Dramas wieder ein Megathema. Vor allem mit Blick auf die Europawahl am 26. Mai und deren ungewissen Ausgang. „Europa muss geschaffen werden“ – mit diesem Slogan waren die von der Integration Begeisterten vor 40 Jahren in die erste Direktwahl zum Straßburger Parlament gezogen. Ein griffiges Motto. Aber eines, das offen ließ, welche Gestalt dieses Europa einmal annehmen soll. Darüber hatte sich auch die 1950 in Stuttgart verkündete Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochen. Sie bekannte sich lediglich dazu, „jedes Beginnen mit allen Kräften zu unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“. Nicht mehr und nicht weniger! Als Vorlage für das Modell der „Vereinigten Staaten von Europa“ kann die Charta allerdings nicht dienen. In solchen utopischen Kategorien dachte man damals nicht. Dass eine an den politischen Realitäten orientierte Europapolitik auch unter Heimatvertriebenen verwurzelt ist, steht hingegen auf einem anderen Blatt. Aktuell haben freilich gründliche Reparaturen am existierenden europäischen Haus Vorrang vor Gedankenspielen über eine weitere Ausdehnung der EU, zumal da einige östliche Mitgliedsländer oder Beitrittskandidaten ihre Hausaufgaben nicht oder nur mangelhaft erledigt haben. Europa, besser: die EU Brüsseler und Straßburger Provenienz, darf nicht im Krisenmodus verharren. Ist „mehr Europa“ in der derzeitigen Situation wirklich die Lösung? Diese Frage verlangt nach einer ehrlichen Antwort. Nichts gegen paneuropäische Idealisten. Aber darf man jene politischen Akteure von vornherein stigmatisieren und in eine nationalistische Ecke stellen, die ihre Skepsis gegen eine zivilreligiös überhöhte Brüsseler und Straßburger Integrationspolitik nicht verhehlen? In der aktuellen Situation sollte sich niemand ein Monopol auf die „richtige“ Meinung anmaßen. Ein produktiver Streit muss möglich sein. Es führen mehrere Wege zu einem neuen Europa der Völker und Volksgruppen, wie es sich die SL und andere Vertriebenenorganisationen wünschen. „Ein Europa der Menschenrechte auf der Basis von Wahrheit und Verständigung ist und bleibt unser Auftrag“, erklärte der deutsche BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, auf die Charta von Stuttgart rekurrierend. Für das Jahr 2019 lautet sein Leitwort „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“. Sich diesem Motto auf der „Basis von Wahrheit“ zu nähern, wie von Fabritius gefordert, ist eine anspruchsvolle Zielsetzung. Will man ihr gerecht werden, muss auch das Fortbestehen von Unrechtsdekretten und Kollektivbestrafungen, zum Beispiel in der Tschechischen Republik, thematisiert werden können.

Dieser Kommentar von Gernot Facius erscheint in der Sudetenpost Folge 2 vom 7. Feber 2019.

Sie können die monatlich erscheinende Sudetenpost als Jahresabo im Inland um **nur € 33,-**, in Deutschland und im EU-Raum um **€ 39,-** und in Übersee um **€ 65,-** beziehen.

Wien, am 06. Feber 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich



02) Von Treibern und Getriebenen.

Klartext von Gernot Facius

Die politische Konstellation im Jahr 30 nach der samtene Revolution ist, gelinde gesagt, grotesk. Ein Multimillionär an der Regierungsspitze in Prag, die Sozialdemokraten im Schlepptau, und in wichtigen Fragen geben die im Herbst 1989 von der Macht verjagten Kommunisten wieder den Ton an. Sie „tolerieren“ das Kabinett von Andrej Babiš und treiben es vor sich her. Aktuell abzulesen ist das an der Debatte über den umstrittenen Gesetzentwurf zur **19prozentigen Besteuerung** von Kirchenentschädigungen. Wohlgemerkt, das Vorhaben betrifft die Restitution von Vermögen, das den Religionsgemeinschaften nach Ende des Zweiten Weltkrieges von den Kommunisten weggenommen worden war. Durch eine Besteuerung würden geschätzt an die 450 Millionen Euro in die Staatskasse zurückfließen. Die oppositionelle Partei TOP 09 scheiterte im Haushaltsausschuss des Parlaments mit ihrem Antrag auf Niederschlagung des Gesetzesentwurfs. Nun muss der Senat sein Votum abgeben. Ein möglicher Einspruch der zweiten Kammer kann freilich vom Abgeordnetenhaus überstimmt werden. Staatspräsident Miloš Zeman steht, wie kann es anders sein, hinter dem Premierminister. Zeman hat sich mehrmals für das Gesetz stark gemacht; er will, dass die Koalition nicht zerbricht. Dafür nimmt er auch einen Konflikt mit dem Prager Erzbischof, **Kardinal Dominik Duka**, mit dem ihn sonst eher freundschaftliche Kontakte verbinden, in Kauf. Das Staatsoberhaupt kann sich eine solche Konfrontation durchaus leisten, weiß er doch, wie sehr heute wieder anti-kirchliche und anti-religiöse Stimmungen in der tschechischen Gesellschaft verbreitet sind. In der Bevölkerung war die Restitution, um die so lange gestritten wurde, ohnehin nie beliebt. Dass es Sinn des Gesetzes war, altes kommunistisches Unrecht zu tilgen, interessierte in den Umfragen diverser Institute nur wenig. Kardinal Duka, auch Vorsitzender der **Bischofskonferenz**, hat sich lange aus dem Meinungsstreit herausgehalten. Jetzt spricht er offen von einem „Reigen öffentlichen Hasses“ gegen Kirchen und Religionsgemeinschaften. „Verantwortungslos und zynisch“ sei es, dass das Besteuerungsprojekt der **Kommunisten** von den Regierungsparteien mitgetragen werde. Nun wird es darauf ankommen, wie das Verfassungsgericht in **Brünn** entscheidet. Werden die obersten Richter des Landes das Gesetz passieren lassen oder werden sie es kippen? Wie immer das Urteil ausfällt: In die Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften in Tschechien wird Ruhe so schnell nicht einkehren. Und das ausgerechnet in einem Jahr, in dem das Land der politischen „Wende“ vor drei Jahrzehnten gedenkt – einer Wende, die sich nicht zuletzt auch **mutigen Kirchenleuten** verdankt.

Dieser Kommentar von Gernot Facius erschien in der Sudetenpost Folge 2 vom 7. Feber 2019.

Sie können die monatlich erscheinende Sudetenpost als Jahresabo im Inland um **nur € 33,-**, in Deutschland und im EU-Raum um **€ 39,-** und in Übersee um **€ 65,-** beziehen.

Wien, am 11. Feber 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich

